

INFORMATIONSDIENST

INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

VEREINIGUNG FÜR ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Frühjahrgutachten und „Memorandum 86“

Ein Kommentar

von Sabine Spelthahn/Berlin

Im Abstand von zwei Tagen sind sie erschienen: am 28. April das Gutachten der fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute und am 30. April das Gutachten der Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“.

Die Gutachter der Forschungsinstitute sehen sich zu optimistischen Aussagen veranlaßt:

Halbierte Ölpreise mit überwiegend stimulierender Wirkung auf die Wirtschaft, eine geschätzte Steigerung des Sozialprodukts um ca. 3,5%, sinkende Inflationsrate. Positive Prognosen auch für den Außenhandel. Einziger Wermutstropfen in der sonst so günstigen Rechnung: trotz leicht zunehmender Beschäftigung werde die Arbeitslosigkeit auch in 1986 nur geringfügig abnehmen. Um hier nachhaltigere Erfolge zu erzielen, müßten die Weichen in der Geld-, Finanz- und Lohnpolitik so gestellt werden, daß der konjunkturelle Schub in ein dauerhaftes Wachstum einmünden könne. Die Preisstabilität dürfte daher nicht durch weitere Zinssenkungen gefährdet werden; in der Finanzpolitik raten die Gutachter zu Steuersenkung und Abbau der Subventionen.

Grundtenor des Gutachtens: Die Wirtschaft floriert – den Arbeitslosen nützt dies leider so gut wie nichts. Die wirtschaftspolitischen Empfehlungen bewegen sich im Rahmen dessen, was auch der Sachverständigenrat den Wirtschaftspolitikern nahegelegt. Wirtschaftswachstum als vermeintliches Allheilmittel gegen Arbeitslosigkeit, obwohl inzwischen klar sein dürfte, daß selbst optimistische Annahmen für das zu erreichende Wachstum nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit auch nur auf ein erträgliches Maß abzubauen.

Kein reiner Grund zur Freude sollte auch der sinkende Ölpreis sein; verhindert er doch, sich weitergehende Gedanken über Energieeinsparungen zu machen. Es ist zu befürchten, daß die auch bisher nur zaghaften Ansätze alternativer Energiegewinnung vollends versanden. So wie insgesamt ein hohes Wachstum ein weiteres Verschlimmern der Umweltsituation und des Raubbaus an erschöpfbaren Ressourcen wahrscheinlich werden läßt – zumindest im Rahmen gegenwärtiger Strukturen.

Die Auffassung, daß nur ein unbeirrtes Festhalten am Wachstumskurs das Beschäftigungsproblem lösen könne, wird von den Verfassern des „Memorandums 86“ als reine „Propagandabehauptung“ gewertet. Notwendig seien Sofortmaßnahmen für eine „beschäftigungspolitische Offensive“: Erstens ein 100 Milliarden DM-Beschäftigungsprogramm (= circa 800 000 zusätzliche Arbeitsplätze), zweitens die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 37 Stunden bei vollem Lohnausgleich für alle Beschäftigten (= 1,5 Millionen Arbeitsplätze).

Die Aufgabenfelder dieses Beschäftigungsprogramms werden mit Gesundheits- und Bildungswesen einerseits und Bereichen kommunaler und regionaler Versorgung andererseits wie Energieeinsparung, Wohnungsmodernisierung, öffentlicher Personennahverkehr und Umweltschutz angegeben. Finanzieren lasse sich das Programm durch eingesparte Kosten der Arbeitslosigkeit sowie Verbesserung des Steuereinzugs (Quellensteuer für Zinsen, vermehrte Betriebsprüfungen), zusätzliche Belastungen für Besserverdienende, eine teilweise Zurücknahme der jüngsten Steuerreform sowie eine Erhöhung der Mineralölsteuer.

Es gehört schon Mut dazu, in Zeiten laufender Haushaltskonsolidierung unverdrossen die Höhe des geforderten Beschäftigungsprogramms aufzustocken. Immerhin betrug das geforderte Volumen im Memorandum '84 noch 30 Mrd. DM. Dagegen nehmen sich die 4,7 Mrd. DM im SPD-Wirtschaftsprogramm „Arbeit und Umwelt“ ausgesprochen bescheiden aus.

Wer wollte abstreiten, daß es noch viele sinnvolle Bereiche gibt, in denen dieses Geld ausgegeben werden könnte, wobei Umweltschutz und ein Programm zum Ausstieg aus der Kernenergie Priorität genießen sollte.

Die damit verbundene Erhöhung der Staatsquote wird vermutlich nicht nur im konservativen Lager auf wenig Sympathie stoßen. Positiv

VÖW-Arbeitstagung

„Was ist und was soll ökologische Wirtschaftsforschung leisten?“

von Eberhard Schmidt/Oldenburg

Die Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) betritt nicht einfach wissenschaftliches Neuland, wenn sie die Absicht erklärt, Wirtschaftsforschung auf ökologische und soziale Ziele hin zu orientieren. Ansätze dazu gibt es seit einiger Zeit in vielfältiger Form. Woran es mangelt, ist eher die Anstrengung, solche Ansätze zum Zwecke produktiver Konfrontation und gemeinsamer Weiterentwicklung zusammenzuführen.

Ludwig Trepl hat zurecht in der Auseinandersetzung über die Frage, ob Ökologie eine neue Leitwissenschaft sein könne (Kommune 4/1985, S. 55 ff), ökologische Wissenschaft als praktische Wissenschaft in dem Sinne bestimmt, daß sie einen Bezug auf „die gesellschaftliche Praxis im Ganzen, die Auseinandersetzung des Menschen miteinander und mit der Natur“ haben müsse. In diesem Kontext erhalte sie auch ihre utopisch-emanzipatorischen Momente, die sich nicht aus „der Analyse der Wirklichkeit ergeben, sondern aus dem Überschreiten, aus der Antizipation dessen, worauf wir, gegen die Macht der Tatsachen, hinauswollen“. So verstandene ökologische Analyse bedingt eine gründliche empirische Analyse, die Forschungsfelder unter verschiedensten Aspekten interdisziplinär aufschließt, deren Ziel es aber ist, „die Erfolgsvoraussetzungen sozialer Strategien“ zu ermitteln, „mit denen individuelle und kollektive Handlungsspielräume“ (Helmut Wiesenthal im Infodienst März 86) zu gewinnen wären. Für unsere geplante Arbeitstagung bedeutet das, den Versuch zu unternehmen, einen Prozeß der Verständigung über die Frage in Gang zu setzen, was ökologische Wirtschaftsforschung ist, sein sollte und zu leisten hätte. Konkrete Forschungsansätze sollten vorgestellt, Forschungsdefizite aufgewiesen und Forschungsaufgaben in einzelnen Feldern anvisiert werden. Im Ergebnis sollten kontinuierlich arbeitende Gruppen, zumindestens Diskussionszirkel, entstehen oder, wo bereits vorhanden, erweitert und vertieft werden sowie die nächsten Arbeitsperspektiven der VÖW festgelegt werden.

(Fortsetzung auf S.3)

(Fortsetzung auf S. 4)

(Jahresgutachten... Fortsetzung von Seite 1)

anzumerken ist, daß die Autoren der Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“ den Forderungen nach Dezentralisierung teilweise Rechnung getragen haben, indem sie das Programm auf kommunaler Ebene ansiedeln wollen.

Hinsichtlich der Finanzierung des Beschäftigungsprogramms scheint Skepsis angebracht. Andere Finanzierungsformen erscheinen mir sinnvoller, leichter durchsetzbar und nicht zuletzt wirksamer. Effektiver Umweltschutz sollte durch zweckgerichtete Steuern finanziert werden: Kläranlagen durch die Abwasserabgabe, Maßnahmen zur Energieeinsparung durch eine Erhöhung der Mineralölsteuer etc.; eine Verteuerung der Umweltnutzung bzw. des Ressourcenverbrauchs würde zusätzliche Anreize schaffen. Warum nicht insgesamt den Faktor Umwelt verteuern und den Faktor Arbeit verbilligen. Formen wären viele denkbar, z.B. die Umstellung der Finanzierung der Lohnnebenkosten von Gehalt- und Lohneinkommen auf eine Wertschöpfungssteuer, eine Energiesteuer usw. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 37 Stunden könnte sicherlich einen erheblichen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit liefern. Nur ein bißchen milchmädchenhaft, was die geschätzte Anzahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze betrifft, scheint mir diese Rechnung schon zu sein. Ihr Hauptmangel liegt darin, daß sämtliche induzierten Effekte der Arbeitszeitverkürzung vernachlässigt worden sind (induzierte Produktivitätssteigerungen, induzierte Wachstumsinderungen als Folge einer Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, induzierte Steigerungen des Arbeitskräfteangebots etc.). Ohne Zweifel dürfte eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich, da sie für die Unternehmen nicht kostenneutral durchgeführt werden kann, negative Rückwirkungen in Form verstärkter Rationalisierung usw. mit sich bringen. Sinnvoller erscheint es mir daher, entweder eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 37 Stunden in Form einer produktivitätsorientierten und damit kostenneutralen Arbeitszeitverkürzung durchzuführen, oder, falls politisch eine schnellere Reduzierung der Wochenarbeitszeitverkürzung gewünscht wird, eine Subventionierung der über den Produktivitätsfortschritt hinausgehenden Arbeitszeitverkürzung vorzunehmen. Alles andere weckt nur Illusionen über den möglichen Beschäftigungseffekt einer Arbeitszeitverkürzung.

Staatsversagen... Marktversagen...?

Anmerkungen zur wirtschaftspolitischen Debatte in der SPD

von Peter Sellin/Berlin

Mit dem Erscheinen von F. Farthmanns „alternativen“ Thesen zum offiziellen Programmwurf des Parteivorstands ist die wirtschaftspolitische Debatte innerhalb der Sozialdemokratie ins Blickfeld einer breiteren Öffentlichkeit gerückt.

Stellenwert des Wettbewerbs, Möglichkeiten und Grenzen des Marktes, Staatsquote – das sind, stichwortartig notiert, die zentralen Streitpunkte der Kontroverse. Markt und Wettbewerb werden im Programmwurf als „unentbehrliche“ Elemente („Antriebsfaktor“ und „Steuerprinzip“) einer „auf die Bedürfnisse der Konsumenten ausgerichteten Produktion“ beschrieben¹. Dagegen Farthmann: „Schon bei der ausreichenden Versorgung mit privaten Gütern hat der Marktmechanismus versagt“. Umweltzerstörung und Massenarbeitslosigkeit hätten dieses Versagen vollends evident gemacht². Auch der Programmwurf sieht hier „prinzipielle Grenzen“ des Marktes, die via Staatstätigkeit zu „korrigieren“ sind; freilich nur „insoweit“, wie der Markt „die ungleiche Verteilung der Einkommen und Vermögen verschärft ... und das Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösen kann.“ Während Farthmann mit deutlicher Akzentsetzung zugunsten eines „starken Staates“ durchgreifende Umverteilungen nicht nur von Einkommen und Vermögen, sondern auch „des Arbeitsvolumens und der Chancen“ sowie „individueller und kollektiver Rechte“ fordert. Wo Farthmann Marktversagen diagnostiziert, sieht DIW-Chef Hans-Jürgen Krupp (unter Hinweis auf die derzeit bei annähernd 50 % liegende Staatsquote) eher ein Versagen staatlicher Politik am Werk³.

Die von Farthmann geforderte Erhöhung der Staatsquote könnte nur finanziert werden, „indem man in immer höherem Umfang die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen zur Finanzierung heranzieht“, und sei daher abzulehnen.

Für eine ökologisch orientierte Wirtschaftsforschung sollte es selbstverständlich sein, sich differenziert mit der Leistungsfähigkeit und den Grenzen marktwirtschaftlicher und staatlicher Steuerungsmechanismen zu befassen. Der Marktmechanismus als Instrument der Allokation der Ressourcen versagt aus sich heraus völlig, wenn er sich selbst überlassen auf machtpolitisch vorstrukturierten Märkten wirkt. Auch im idealtypischen Modell des konkurrenzmäßig „funktionierenden Marktes“ kommt es zu Widersprüchen zwischen dem Knappheitsindikator in Form des Preises und der unter stofflichen Allokationskriterien gewünschten Hierarchie der relativen Preise.

Der Vorteil des Marktes als Indikator für Nachfrageverhalten und Angebotsmöglichkeiten liegt im Preis als reduziertem Ausdruck von Einschätzungsmöglichkeiten hinsichtlich Qualität und Quantität von Gütern. Das individuelle Verhalten von Konsumenten und Investoren findet dezentral statt. Will man dem idealtypischen Markt begriff nicht aufsitzen, sondern die vorgefundenen Märkte wirtschaftspolitisch analysieren, stellt sich aus ökologischer wie sozialer Perspektive die Notwendigkeit, Märkte, d.h. insbesondere die relative Preishierarchie politisch begründet zu manipulieren (Energieträgerpreise zwischen Elektroenergie, Öl, Kohle, Erdgas etc.; Verkehrsträgerpreise zwischen Flugzeug, Auto, Eisenbahn, ÖPNV usw.). Die Preismanipulation soll strukturpolitisch gewünschtes Wahlverhalten der Konsumenten und Investoren beeinflussen. Dabei wird nicht auf „halbherzige“ Kartellgesetznovellen zugunsten „funktionierender Märkte“ gesetzt, sondern auf eine politische Debatte mit anschließender Entscheidung über eine Hierarchie der relativen Preise.

Die bewußte stoffliche und soziale Umstrukturierung unter Zuhilfenahme des manipulierten Marktmechanismus verlangt differenzierte Lösungen und Entscheidungsfindungsebenen.

Die Debatte ob „mehr Staat oder weniger Staat“ (bzw. Marktversagen und/oder Staatsversagen) könnte auf diese Weise verlassen werden.

Ökologischer und sozialer Umbau der Industriegesellschaft kann sich meines Erachtens nur in solch einem Prozeß des differenzierten gesellschaftspolitischen Diskurses vollziehen und zu ökologisch wie sozialpolitisch lebenswerteren Verhältnissen führen.

Literaturhinweise

¹ SPD-Programmwurf, Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern, Bonn, 22.10.1985, Skript

² Friedhelm Farthmann, Thesen zur Wirtschaftspolitik, vgl. taz v. 25.3.86, Spiegel Nr. 12, Nr. 14, Nr. 17/86, Vorwärts Nr. 10., 8.3.86

³ Hans-Jürgen Krupp, Spiegel Nr. 14, S. 30

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.